

Jugendlichen möglich war, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhielten, ist sie im Westen auf benachteiligte Jugendliche beschränkt. Wegen der geringen quantitativen Bedeutung kann hier daher die außerbetriebliche Ausbildung bei Betrachtung der Gesamtvergütungsstruktur vernachlässigt werden.

⁷ Der Ausbildungsbereich Freie Berufe konnte in den Vergleich nicht miteinbezogen werden, da lediglich für den Beruf Apothekenhelfer/-in Angaben zu den tariflichen Ausbildungsvergütungen vorlagen.

⁸ Der Vergleich wurde nur auf der Basis der 161 Berufe durchgeführt, die in den neuen Ländern erfaßt sind.

⁹ Wird ein entsprechender Ost-West-Vergleich der Ausbildungsvergütungen auf der Basis ungewichteter Durchschnitte für die Ausbildungsbereiche durchgeführt, so ergibt sich, daß im Handwerk 70 Prozent des westlichen Tarifniveaus erreicht wird, in Industrie und Handel dagegen nur 60 Prozent.

¹⁰ Vgl. Beicht, U.; Berger, K.: *Ausbildungsvergütungen: Große Veränderungen bei den Lehrlingsentgelten*. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 20 (1991) Sonderheft, S. 36–38

¹¹ Vgl. *Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Arbeit zum Entwurf des Berufsbildungsgesetzes*. Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/4260

¹² Vgl. Natzel, B.: *Zur Angemessenheit der Ausbildungsvergütung*. In: *Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit*, Nr. 42 vom 14. Oktober 1992, S. 2625–2634

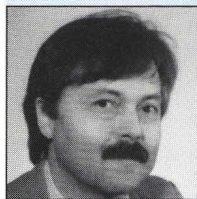
¹³ *Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 10. April 1991* (5 AZR 226/90)

¹⁴ Zwar besteht für Auszubildende, die nicht mehr im Haushalt der Eltern leben, nach § 40 AFG unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf Ausbildungsbeihilfe, die den Bedarf für den Lebensunterhalt und die Ausbildung sichert. Die Gewährung einer Ausbildungsbeihilfe ist jedoch an bestimmte Einkommensgrenzen der Eltern gebunden.

¹⁵ Vgl. Beicht, U.; Holzschuh, J.: *Die Ausbildungsvergütungen . . .*, a. a. O., S. 31 ff.

Jugend und Berufsausbildung in den neuen Bundesländern

Klaus Schweikert



Dr., Diplomvolkswirt, Leiter der Abteilung 1.1 „Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Berufsbildung“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Das BIBB hat Ende 1991 eine umfangreiche Untersuchung zu Berufswahl, Aufnahme einer Berufsausbildung, Ausbildungsverlauf und zu normativen Strukturen von Jugendlichen begonnen. Das Projekt wird Daten aus einem über mehrere Jahre laufenden Panel von Schulabgängern in den neuen Bundesländern bereitstellen und mit Daten von Jugendlichen in den alten Bundesländern vergleichen. Für das alte Bundesgebiet wird zudem versucht, Trends in der Dekade seit der letzten BIBB-Jugendstudie „Jugend, Ausbildung und Beruf“ sichtbar zu machen. Erste Ergebnisse der neuen Studie werden hiermit vorgestellt.

Jugend, Ausbildung, neue Länder — das klingt nach Aufbruch, Zukunft und Weite. Die Stimmung vieler Jugendlichen in den neuen Bundesländern aber ist offenbar anders. Nach der letzten IBM-Jugendstudie hat zwischen 1990 und 1992 der Anteil der unzufriedenen Jugendlichen insbesondere im Osten zugenommen.¹ Allerdings ist auch der Anteil der Zufriedenen gewachsen. Es hat also eine gewisse Polarisierung gegeben. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen in den neuen Bundesländern blickt nach der IBM-Studie ohne Zuversicht in ihre persönliche Zukunft. „Große Sorgen“ um die eigene Zukunft, die eigene wirtschaftliche Situation, den Arbeitsplatz machen sich zwischen 30 und 40 Prozent der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen im Osten.²

Zum Zusammenhang von Ausbildung und Perspektive finden sich bislang keine Daten. „Jugend und Berufsausbildung in Deutschland“ heißt ein laufendes Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung, das sich zum Ziel gesetzt hat, diese Lücke zu schließen.

Studien zur Einstellung von Jugendlichen, zu ihren Werten, zum sogenannten Wertewandel, sind in der letzten Dekade für die Bundesrepublik (alt) viele publiziert worden.

In der DDR war ebenfalls, vor allem vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), eine Anzahl von Studien zu Arbeitsmoral, Zukunftssicht, Einstellung zum Staat erstellt worden.³

In der Regel sind diese Arbeiten aber als Verschlußsache für den Dienstgebrauch in die Tresore der politischen Führung der DDR gewandert.⁴

Noch im Mai 1990 war es bei einem Besuch im ZIJ in Leipzig nicht möglich gewesen, neuere Forschungsarbeiten zu Jugend und Arbeit einzusehen. Aus den Tresoren werden diese Studien nun hervorgeholt, manchmal von den Autoren, manchmal aber auch von denen, die für den Winterschlaf mit verantwortlich waren.⁵ Mit dem Fall der Mauer wurde der „Ossi, das unbekannte Wesen“ plötzlich interessant und zu einem wichtigen Objekt veröffentlichter Sozialforschung.

Insbesondere interessierte, wie ähnlich oder unähnlich er dem wohlbekanntem, weil demoskopisch gründlich erforschten, Wessi sei. Die vergleichende Ost-West-Forschung steht inzwischen in Blüte.

Dem ersten Augenschein nach gehört auch die neue Studie des BIBB „Jugend und Berufsausbildung in Deutschland“ zu dieser Gattung des Ost-West-Vergleichs. Tatsächlich intendiert die BIBB-Studie jedoch etwas anderes, nämlich, den Großversuch der Rezeption eines anderen gesellschaftlichen Wertesystems in den Konsequenzen nachzuzeichnen, die sich für die Jugendlichen in den

neuen Bundesländern an der Schwelle zur Berufsausbildung und bei der Berufsausbildung ergeben.

Berufswahl und Berufsausbildung werden von normativen Strukturen gesteuert. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes hat beispielsweise in der ehemaligen DDR bei der Berufswahl keine Rolle gespielt. Nun wird die Arbeitsplatzsicherheit möglicherweise zu dem Kriterium bei der Entscheidungsfindung. Oder: das Verhältnis der Lehrlinge untereinander in der DDR war weitgehend konkurrenzfrei, jedenfalls wollten es die staatstragenden Personen gerne so sehen. Auch die Befunde aus der DDR-Lehrlingsforschung scheinen Solidarität zu bestätigen.⁶

Nun aber soll sich der Jugendliche auf Wettbewerb einstellen. Das merkt er schon bei den Einstellungstests, ohne die ihm kaum eine größere Firma einen Ausbildungsplatz anbietet, insbesondere, wenn der Jugendliche aus dem Osten eine Lehrstelle im Westen haben will: Go West! Test the West, mitnichten: der Westen testet!

Zentrale Fragen der BIBB-Studie lauten: Inwieweit reicht die „Kraft des Faktischen“ für eine Veränderung der normativen Strukturen der Jugendlichen? Wie stark ist andererseits die „normative Kraft des Vergangenen“?

Das sind ja nun keine sechzehnjährigen Neugeborenen, die eine Berufsausbildung beginnen, sondern Menschen, die ihre ganze Kindheit und einen erheblichen Teil ihrer Jugend in einer völlig anderen Welt erzogen worden sind, die wichtige sozialisatorische Erfahrungen gemacht und ihre Prägungen erhalten haben.

Kann Berufsausbildung hier überhaupt noch wesentliche Sozialisationserfahrungen vermitteln? Kann sie dazu beitragen, Lebenschancen zu verbessern, den Chancen der Jugendlichen im Westen anzunähern?

Es ist zwar richtig, daß die Fundamente der sprachlichen, kognitiven und affektiven Fä-

higkeiten eines Menschen schon in den allerersten Lebensjahren gelegt werden. Daraus zu schließen, der Mensch verändere sich danach nicht mehr, wäre jedoch abwegig: Wäre diese Vorstellung nämlich richtig, so könnten wir die Schulen schließen, Fördermaßnahmen und Resozialisierungsprogramme einsparen. Erwachsenenbildung wäre ex definitione unmöglich. Je vielgestaltiger die Rollen sind, die ein Mensch einnimmt, je mehr er dabei mit Bezug auf andere handelt, und — natürlich — je länger er lebt, um so chancenreicher verläuft sein Lernen.

Das ist der Kern der interaktionistischen Lerntheorie.

Gerade durch die Nähe zum praktischen Arbeitsvollzug dürfte sich die duale Ausbildung eignen zur Qualifizierung von Menschen, deren Entwicklungsbedingungen in der Vergangenheit nicht so günstig waren. So jedenfalls im Prinzip. Die Wenn und Aber sind berechtigt: schließlich sind wohl die meisten Maßnahmen für Benachteiligte außerhalb des dualen Systems entstanden.

„Benachteiligte“ ist aber ein schillernder Begriff, mal administrativ mal karitativ.

In dem Vierteljahrhundert, seitdem sich der Autor der Bildungsforschung verschrieben hat, gab es an „Benachteiligten“: die Katholiken, die Frauen, die Bewohner des platten Landes, die Migranten, die ohne Hauptschulabschluß, die mit (nur dem) Hauptschulabschluß, die Abbrecher, die Südlichter, die Nordlichter, die Aussiedler, die Übersiedler und nun die, die nicht übergesiedelt sind.

Das soll nicht karikiert werden: aber es fällt schwer, eine Gruppe zu finden, die nicht als benachteiligt hätte bezeichnet werden können. Dies resultiert nicht nur aus den Zeitläufen mit ihren jeweiligen Problemlagen. Es liegt auch an der Begrifflichkeit selbst: wenn jemand benachteiligt ist, muß es andere geben, die entweder keine Nachteile oder andere, die sogar Privilegien haben. Es muß also mindestens eine Zwei-Klassen-Gesell-

schaft existieren mit einer Gruppe sogenannter „Normaler“.

Spätestens jetzt wird es mulmig, selbst den Statistikern, deren Definition des Normalen gerade in den zugelassenen Abweichungen liegt, die sie — mit Irrtumswahrscheinlichkeiten garniert — schmackhaft machen wollen.

Das ist aber nur ein Problem: wer legt die Norm fest, wie und warum?

In lerntheoretischer Hinsicht bedeutet diese Grenzziehung schlicht die Abkehr von, mindestens aber die Relativierung der Sichtweise, daß der am besten lerne, der sein Lernen individuell gestalten könne. Das ist das andere Problem.

Thomas Alva Edison wäre, lebte er heute, wohl ein „Benachteiligter“. Er wurde nämlich wegen „Bildungsunfähigkeit“ ausgeschult.

Natürlich wird sich keine Gesellschaft — und sei sie noch so reich — die totale Individualisierung der Lernprozesse leisten können. Auch wäre dies gar nicht wünschenswert. Viele Fähigkeiten sind überhaupt nur in der Gruppe erlernbar.

Individualisierung und Schaffung von Interaktionsmöglichkeiten stehen in einem Spannungsverhältnis, das es produktiv zu nutzen gilt.

Sodann schafft die Bezeichnung „benachteiligt“ auch noch ihre eigenen Benachteiligungen: wer an „Benachteiligtenprogrammen“ teilgenommen hat, findet nicht zwangsläufig leichter in der Folge einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Nicht selten sorgt schon der Zusatz „Sonderschule“ auf dem Abgangszeugnis für Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Lehrstelle.

Weiter suggeriert der Begriff „Benachteiligte“, daß es auch „Benachteiliger“ geben könne, die entschlossen den Zugang zu den Fleischtöpfen versperren. Das mag manchmal so sein. Insgesamt wird aber ein Feindbild aufgebaut, das auch da hemmt, wo es nicht stimmt. Gemessen an den Lebenschancen und an der aktuellen materiellen Wohl-

fahrt in den alten Bundesländern könnte ein Großteil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern „benachteiligt“ genannt werden, vielleicht sogar die ganze Bevölkerung.

Was wäre damit gewonnen?

Bei 16 Millionen „Benachteiligter“ verlöre der Begriff auch seine administrative Tauglichkeit, die ja gerade darin besteht, daß Prioritäten der Politik gesetzt werden.

Wenn alle benachteiligt sind, ist keiner mehr benachteiligt!

Nein, es ist nichts zu halten von der Anwendung eines fragwürdigen Begriffs auf die neue Situation. Er taugte schon nichts bisher. Ausmaß und Ernst der Situation heute wird er gar nicht gerecht.

Aus diesem Grunde meidet das BIBB-Projekt „Jugend und Berufsausbildung in Deutschland“ die Nähe zur Benachteiligtenforschung.

Das Projekt zielt vielmehr auf die Sozialisation durch Berufsausbildung und die Erforschung von Disparitäten und Gemeinsamkeiten zwischen Jugendlichen in Ost und West puncto Lebenslage, Perspektiven, Einstellungen, Wertungen und Normen. Das Projekt fragt danach, wie sich diese im Laufe der Berufsausbildung bei den Jugendlichen aus den neuen Bundesländern verändern. Gegen Ende der Ausbildung wird ein Vergleich mit den entsprechenden Auszubildenden in den alten Bundesländern vorgenommen. Die Datenbasis für die neuen Bundesländer stellt ein repräsentatives Panel bereit.

In der Ausgangsstichprobe, die im Frühsommer 1992 nach einem Zufallsverfahren unter den Schulabgängern aus 9. bzw. 10. Klassen von Haupt-, Gesamt-, Real- und Oberschulen gezogen wurde, finden sich rund 3 000 Jugendliche. Erhofft wird, daß für die Vergleichsbefragung mit den Lehrlingen West im 3. Ausbildungsjahr, also 1994, noch mindestens 1 000 Jugendliche für Interviews zur Verfügung stehen werden. Auch die Lehrlinge West im 3. Jahr der Ausbildung werden repräsentativ at random gezogen werden. Die Befragungen werden von SINUS-München durchgeführt.

Die Ausgangsstichprobe wurde im Mai/Juni 1992 angeschrieben und um Auskunft über ihre Ausbildungssituation gebeten.

Danach hatten insgesamt 61 Prozent eine Lehrstelle sicher oder in Aussicht, davon rund 80 Prozent im Osten, 20 Prozent im Westen.

Die höchsten Anteile unversorgter Bewerber gab es in Mecklenburg-Vorpommern und in Ostberlin.

Die hohen Prozentsätze in Brandenburg und Sachsen-Anhalt von Schülern, die mitteilten, sie würden weiter die Schule besuchen, bei gleichzeitig jeweils geringen Prozentsätzen von Jugendlichen mit Ausbildungsstelle bzw. Aussicht hierauf, signalisieren ebenfalls eine angespannte Versorgung mit Berufsausbildungsstellen.

Durchgängig ist die Situation für die Mädchen noch ungünstiger.

Tabelle 1: **Bildungswege nach Abschluß der Schule – Situation nach Ländern** (Angaben in Prozent)

	weiter Schule	Lehre	Unversorgt	Sonstiges
Berlin (Ost)	17	59	24	–
Brandenburg	37	45	15	3
Sachsen	14	74	10	2
Sachsen-Anhalt	37	49	12	2
Thüringen	16	78	5	1
Mecklenburg-Vorpommern	18	62	18	2
Gesamt	24	61	13	2

Tabelle 2: **Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen nach Geschlecht und Ländern** (Angaben in Prozent)

	männlich	weiblich
Berlin (Ost)	63	52
Brandenburg	57	34
Sachsen	82	66
Sachsen-Anhalt	61	39
Thüringen	84	73
Mecklenburg-Vorpommern	71	53
Gesamt	71	52

Im Durchschnitt liegt die Chance auf eine Berufsausbildungsstelle für Mädchen um rund ein Viertel niedriger als für Jungen. In Brandenburg klaffen die Chancen zwischen den Geschlechtern am weitesten auseinander.

Die Mädchen hatten sich durchschnittlich bei acht, die Jungen bei fünf Betrieben beworben (alle Jugendlichen).

64 Prozent der Auszubildenden teilten mit, der Ausbildungsberuf entspreche voll und ganz ihren Wünschen. 28 Prozent sahen ihre Berufswünsche nur teilweise berücksichtigt. Sechs bis acht Prozent der männlichen, zehn Prozent der weiblichen Auszubildenden hätten lieber einen anderen Beruf gewählt.

Soweit einige erste, vorläufige Ergebnisse aus dem Projekt.

Die erste Befragungswelle mit Interviews ist Ende 1992 angelaufen. Die beiden weiteren Panelbefragungen sollen in jährlichem Abstand stattfinden.

Befragt werden nicht nur Auszubildende, sondern auch unversorgte Lehrstellenbewerber. Zum einen, um zu erfahren, wie diese Jugendlichen versuchen, ihre schwierige Situation zu meistern. Zum anderen wird erst auf diesem Hintergrund die Sozialisation durch Berufsausbildung transparent. Die Interviews werden mit einem weitgehend strukturierten Instrument durchgeführt.

Anderes ist bei der Größe der Stichprobe nicht möglich; das bedeutet aber auch eine Einschränkung der Frage- und Erkenntnismöglichkeiten. Im Projekt wird versucht, dieses Manko durch Gruppendiskussionen mit Jugendlichen auszugleichen.

Bisher haben Gruppengespräche stattgefunden in Berlin-Marzahn, Luckenwalde, Görlitz, Zwickau und Lobenstein. Wir haben dabei diskutiert mit Jugendlichen nach der 10. Klasse, mit Lehrlingen, mit Unversorgten, mit Gymnasiasten aus der Oberstufe, mit Mädchen und mit Jungen.

Die Antworten zu Berufswahl und Lehrstellensuche offenbarten eine erhebliche Unsicherheit im Entscheidungsprozeß. Etwa ein Drittel hat angegeben, letzten Endes nehme man, was man kriegt. Nicht wenige der Jugendlichen konnten sich durchaus vorstellen, eine Lehrstelle im Westen anzunehmen oder später dahin überzusiedeln. „Sauer“ waren die Jugendlichen darauf, daß sie nur einen Teil der im Westen gezahlten Ausbildungsvergütung erhielten.

Neben Fragen zur Berufswahl wurden Themen aus Alltagsleben und Politik diskutiert, etwa

- Was hat sich im Umgang der Menschen miteinander seit der Vereinigung verändert?
- Wie hat sich das Verhältnis zu den Eltern seither entwickelt?

- Wie das zu den Lehrern?
- Was halten die Jugendlichen von der Politik? Den Politikern?
- Soll man Erich Honecker vor Gericht stellen?
- Wie stehen die Jugendlichen zu den Vorfällen in Rostock, Cottbus, Sachsenhausen?

Die Antworten sind statistisch nicht repräsentativ, scheinen aber doch typisch zu sein.

Das Verhältnis zu den Eltern hat sich nicht deutlich geändert. Nach wie vor sind die Eltern enge Bezugspersonen. Das zeigt sich auch in der wichtigen Rolle, die sie bei der Berufswahl ihrer Kinder spielen. Das größte Problem in den Familien ist die Sorge um den Arbeitsplatz der Mutter oder des Vaters, auch da, wo diese noch oder wieder Arbeit haben.

Den Lehrern der allgemeinbildenden Schule stellen die Jugendlichen kein gutes Zeugnis aus: vor der Wende habe man die Lehrer um Rat fragen können. Nun aber hielten die Lehrer auf Distanz und verwiesen auf feste Arbeitszeiten und zeitliche Beanspruchung. Erich Honecker sei ein alter Mann, so die Mehrzahl der Jugendlichen. Es „bringe nichts“, ihn vor Gericht zu stellen. In der Diskussion wurde klar, daß viele Jugendliche Schwierigkeiten haben, an die Unabhängigkeit der Gerichte zu glauben. Die Meinung herrscht vor, einmal vor Gericht gestellt, sei Honecker so gut wie verurteilt. Freiheit ist für die Jugendlichen zumeist, die Freiheit zu reisen. Alle waren nach der Wende schon in den alten Bundesländern gewesen, nicht wenige auch im westeuropäischen Ausland. Ansonsten, so der Eindruck, konnten die Jugendlichen wenig mit „Freiheit“ anfangen. Auf die Frage, was sie von der neuen demokratischen Ordnung hielten, kamen in der Hauptsache Achselzucken und die Antwort: „Ändern könne man als einzelner gar nichts. Eigentlich sei es wie früher.“ Die Rolle der Bündelung von Interessen in den Parteien und deren Funktion für die Demokratie wird nicht gesehen. Den Bogen zur

Organisierung in Parteien schlagen die Jugendlichen daher auch nicht. Von der Politik halten die Jugendlichen wenig, von den Politikern gar nichts.

Mehrfach wurde geäußert, am besten wäre es, die „Mauer wieder aufzubauen, jedoch fünf Meter höher als zuvor“. Aber das sei leider nicht möglich.

Die DM wollten die Jugendlichen aber gerne behalten.

Ausländer werden abgelehnt.

Die Ausländerfeindlichkeit ist offenbar in den neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten: so — und nicht anders — steht es in der letzten IBM-Jugendstudie. In der Presse hatte es fälschlich geheißen, die Ressentiments gegen Ausländer seien im Westen noch ausgeprägter als im Osten.

Zum selben Schluß kommt der ALLBUS 1999.⁷

In der Bundestagsdebatte der ersten Oktoberwoche 1992 — zitiert nach der Tagespresse (Der Tagesspiegel vom 9. Oktober 1992) — hat die Bundesjustizministerin Zahlen genannt: bis Ende September des Jahres hatten sich 1 296 Gewaltakte ereignet, davon 813 im Westen, 483 im Osten. Laut „Tagesspiegel“ betonte die Ministerin, Fremdenfeindlichkeit sei kein Problem der neuen Bundesländer. Es ist sicher richtig, daß auch die alten Bundesländer das Problem kennen. Aber die Zahlen müssen an Bezugsgrößen gemessen werden.

Basiert man die Gewaltakte auf die Wohnbevölkerung im jeweiligen Teil des Bundesgebiets, so ist die Beteiligung an solchen Gewalttaten in den neuen Bundesländern um den Faktor 2,3 höher.

Bezieht man auf die im jeweiligen Teil des Bundesgebiets lebenden Ausländer, so wird der Unterschied noch deutlicher. Das Risiko, ein Opfer der Gewalt zu werden, ist für einen Ausländer in den neuen Bundesländern fast 20mal (genau: 19,4mal, Bezugsgrößen zum 30. 9. 90, amtl. Statistik) so hoch wie für einen Ausländer, der in den alten Bundesländern lebt.

Fremdenfeindlichkeit ist auch in den Gruppendiskussionen festgestellt worden.

Nur wenige Jugendliche haben sich in den Gruppendiskussionen über Ausländer indifferent geäußert, positiv überhaupt niemand. Die Mitarbeiter von SINUS-München, die mit den Projektarbeitern des BIBB zusammen die Gruppendiskussionen moderiert haben, hatten den Eindruck, daß sich die ressentimentgeladenen Äußerungen durch die Gruppensituation aufgeschaukelt haben. Das ist aber kaum tröstlich: Wer lange genug mit den Wölfen heult, wird selber Wolf.

Differenzierungen wurden nicht vorgenommen. Ausländer ist gleich Ausländer, egal wie lange er hier lebt, wie verwurzelt er ist, wie gut er Deutsch spricht usw. Die wenigsten Jugendlichen allerdings kennen einen Ausländer persönlich. Eine angehende Arzthelferin, die in Westberlin zur Berufsschule geht, berichtete, sie habe einige türkische Mitschülerinnen. Vor der Klasse habe sie denen gesagt, daß sie persönlich gegen Ausländer sei. Die deutschen Schülerinnen aus Westberlin hätten sich daraufhin — für sie unverständlich — mit den Türkinnen solidarisiert. Sie selbst habe auf dem Nachhauseweg von einer der Türkinnen „eins auf die Nase bekommen“. Ihre Erfahrungen mit Ausländern seien daher negativ.

Es war bedrückend zu hören, wie adrett gekleidete und offenbar wohlerzogene Jugendliche ohne Sprachhemmung davon reden, Ausländer gehörten „raus“ oder „aufgeklastcht“. „Rostock“ sei ganz in ihrem Sinne gewesen.

Bei dieser Mischung von Ausländerfeindlichkeit und Billigung von Gewalt war die Rolle als Frager und Zuhörer zuletzt nicht mehr durchzuhalten.

Die Gruppendiskussionen haben bestätigt, daß das Projekt des BIBB zwar auf Berufswahl und Berufsausbildung zielt, daß aber nur eine weitgefähte Fragestellung bis in den

Bereich der normativen Strukturen für das Alltagsleben der Menschen weiterhilft.

Die Berufsausbildung übernimmt zunehmend auch nichtfachliche Qualifizierung. Kritikfähigkeit, Teamfähigkeit, Selbständigkeit, Verantwortungsbewußtsein, kommunikative Kompetenz, um Beispiele zu nennen, sind anerkannte Lernziele hierbei. Doch dabei kann es nicht bleiben. George Bernard Shaw hat einmal gesagt, die Moral werde so lange hoch gehalten, wie der Export nicht in Gefahr sei. Der Satz muß heute nachgerade umgekehrt werden: Nur wenn die Moral hoch im Kurs steht, floriert der Export!

Die deutschen Unternehmer sorgen sich angesichts der fremdenfeindlichen Krawalle zunehmend um ihren Absatz und ihre Investitionen im Ausland.

Alle an der Berufsausbildung Beteiligten sollten daher begreifen, daß auf die Berufsausbildung ganz neue Aufgaben allgemeiner sozialisatorischer Art zukommen: nämlich die Erziehung zum Gebrauch der Freiheit, zur Nutzung der demokratischen Möglichkeiten und zur Toleranz.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Institut für empirische Psychologie (IFEP) (Hrsg.): *Die selbstbewußte Jugend. Orientierungen und Perspektiven zwei Jahre nach der Wiedervereinigung. IBM-Jugendstudie '92*, Köln 1992

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1992

³ Vgl. Meister, R.; Pätzolt, H.: *Jugend und Berufsausbildung in Deutschland — eine Literaturanalyse im Auftrag des BIBB, FoPr. 1. 509*, Berlin 1991

⁴ Vgl. Meier, U.: *Nachdem die Panzerschranke geöffnet sind . . .* In: *DJI-Bulletin*, Heft 15, Juni 1990

⁵ Vgl. Friedrich, W.; Griese, H. (Hrsg.): *Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren*. Opladen 1991

⁶ Vgl. Weghenkel, G.: *Interpersonale Beziehungen im berufspraktischen Unterricht bei Lehrlingen in der DDR*. In: *BWP 19 (1990) 5*, S. 8—14

Vgl. Müller, H.: *Jugend mit dem Blick auf das Jahr 2000. Über Wertorientierungen und Lebensprinzipien der Jugend*. Unveröffentl. Manuskript. Zentralinstitut für Jugendforschung ZIJ-Dienstsache 51/89, Nov. 1989

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1992 . . .*, a. a. O., S. 622